

AGENTURSCHLUSS! **DAS ENDE DER BESCHIEDENHEIT**

Am 1. Januar 2005 tritt Hartz IV in Kraft: Die Arbeitslosenhilfe wird abgeschafft und gemeinsam mit der bisherigen Sozialhilfe durch das sogenannte Arbeitslosengeld II ersetzt. Das betrifft bis zu drei Millionen Menschen (rund 500.000 allein in Berlin), die Bundesregierung geht davon aus, dass 75% der betroffenen Erwerbslosen und SozialhilfeempfängerInnen dann weniger oder gar keine Leistungen mehr erhalten. Vielen droht der Verlust ihrer bisherigen Wohnung.

AGENTURSCHLUSS!

Am 3. Januar sollen die neu geschaffenen „Agenturen für Arbeit“ zum ersten Mal unter den Bedingungen von Hartz IV geöffnet werden – mit einer Demonstration ins Arbeitsamt werden wir dafür sorgen, dass der Betrieb nicht ungestört aufgenommen werden kann! Die Schließung der »Arbeitsagenturen« durch unsere Aktionen steht auch für die Forderung nach der Auflösung dieser Behörde. Die Aufgabe der »Agenturen für Arbeit« und der »Personal-Service-Agenturen« ist die Kontrolle und die Ausübung von Zwang gegenüber ihren erwerbslosen »KundInnen«. Deswegen stellen wir ihre Existenzberechtigung in Frage.

Hartz IV bedeutet Druck auf alle, die ihre Arbeitskraft verkaufen müssen: Die Drohung mit Arbeitslosigkeit und der Unsicherheit, die eigene Existenz nicht mehr finanzieren zu können, führt zur Verschlechterung der Arbeitsbedingungen.

Die Unternehmen versuchen die Arbeitszeit zu erhöhen und damit die Löhne zu senken. Die neuen Arbeitsplätze, die »geschaffen« werden, entstehen im Niedriglohnsektor - sie erhöhen den Druck auf andere Beschäftigte, zu noch schlechteren Bedingungen zu arbeiten. Diese Entwicklung ist nicht neu: viele MigrantInnen, SozialhilfeempfängerInnen

und vor allem Frauen haben schon vor Hartz IV zu miserablen Bedingungen gearbeitet. Mit Hartz IV werden diese miesen Bedingungen ausgeweitet: Arbeitslosen, tariflich und nicht-tariflich Beschäftigten, RentnerInnen, SchülerInnen, Auszubildenden und StudentInnen droht eine Verschlechterung ihrer Lebensbedingungen. Gleichzeitig wird versucht, Erwerbslose und diejenigen, die (noch) einen Arbeitsplatz haben, gegeneinander auszuspielen, um die Lohnkosten und Sozialleistungen für alle senken zu können.

WEG MIT DEN 1-EURO-JOBS!

Die 1-Euro-Jobs (bei denen die Bezahlung zwischen ein und zwei Euro liegt, je nach Ermessen des Arbeitgebers) zerstören reguläre Beschäftigungsverhältnisse und führen zur generellen Absenkung der Löhne.

ErzieherInnen, die bei der Schließung ihrer Kitas arbeitslos werden, sollen nach einem Jahr Erwerbslosigkeit dieselbe Arbeit in einer anderen Einrichtung oder als Tagesmutter erledigen – erzwungenermaßen und für 1 Euro die Stunde. Erwerbslose MaschinenschlosslerInnen oder LandschaftsgärtnerInnen leiten für 1 Euro in Beschäftigungsprojekten Jugendliche an – die dort ihrerseits auf 1-Euro-Basis arbeiten.

In den 1-Euro-Jobs haben die Beschäftigten keine ArbeitnehmerInnenrechte, wie das Streikrecht oder die Interessensvertretung durch Betriebsräte. Jede qualifizierte Tätigkeit wird daraufhin untersucht, welche Arbeitsbereiche in unqualifizierte 1-Euro-Jobs umgewandelt werden können, während von den tariflichen und arbeitsrechtlich abgesicherten Tätigkeiten nur noch Reste übrig bleiben.

Gleichzeitig sinkt die Qualität der geleisteten Arbeit, was insbesondere im Pflege- und Betreuungsbereich unmittelbar die Lebensqualität vieler Menschen betrifft.

HARTZ IV, AGENDA 2010 UND GESUNDHEITSREFORM: KLASSENKAMPF VON OBEN!

Der gesellschaftlich produzierte Reichtum, das Bruttoinlandsprodukt, ist in den letzten 15 Jahren um durchschnittlich 50 Mrd Euro pro Jahr gestiegen. Gleichzeitig sinken Löhne und werden Sozialleistungen abgebaut. Der gesellschaftlich produzierte Reichtum wird also von unten nach oben »umverteilt«, während die Anforderungen an Arbeitskräfte erhöht werden: Wer nicht bereit oder in der Lage dazu ist, zu jeder Zeit, an jedem Ort zu jeden Bedingungen zu arbeiten, wird auf dem Arbeitsmarkt ebenso überflüssig wie diejenigen, die erst gar keinen Job bekommen. Und wer Überflüssig gemacht wird, darf Staat und Wirtschaft künftig nicht zur Last fallen. Das bedeutet Entrechtung, Verunsicherung und Verarmung der »Überflüssigen«! Besonders prekär ist dabei die Lage vieler Frauen: Sie sind aufgefordert, ihre Arbeitskraft erfolgreich zu Märkte zu tragen und werden verstärkt für unbezahlte Hausarbeit und Fürsorgetätigkeiten verantwortlich erklärt.

Diese Entwicklung muss vor allem als ein »Klassenkampf von oben« verstanden werden, der auf Lohnsenkungen und Disziplinierung der Arbeitskräfte zielt. Dabei geht es nicht nur um die Entlohnung: Mit dem Kampf um Lohn ist immer auch der Kampf um Zumutbarkeiten und Lebensstandards (z.B. bei Arbeitsbedingungen, Kündigungsschutz, Gesundheitsversorgung, Bildung, Rente etc.) verbunden.

Mit Hartz IV zeigt sich auch die Aufgabe des Staates im Kapitalismus sehr deutlich: die Schaffung optimaler Bedingungen für die Ausbeutung der Arbeitskraft. Dazu gehört auch die Herstellung einer entsprechenden »Arbeitsmoral« (das bedeutet heute: fit, flexibel, mobil und anspruchslos).

DAS ENDE DER BESCHIEDENHEIT!

Diesen Angriffen von Unternehmerseite kann durch bloße Appelle an den Staat oder die Verantwortung und Moral der Unternehmen nichts entgegen gesetzt werden. Denn diese vertreten ihre Interessen und sind deutlich besser organisiert. Anstatt in Abwehrkämpfen zu verharren, die Behebung einzelner Missstände zu fordern oder auf die Ideologie des »Gürtel enger schnallens« hereinzufallen, geht es uns um das »Ende der Bescheidenheit«: Das Ende der Unterwerfung menschlicher Lebens- und Genussmöglichkeiten unter die Anforderungen der Kapitalverwertung. Unsere Antwort auf den Klassenkampf von oben ist der gemeinsame Kampf derjenigen, deren Arbeits- und Lebensbedingungen sich verschlechtern!

Der Kampf um gesellschaftlich sinnvolle und selbstbestimmte Arbeit ist mit dem Kampf um eine andere Gesellschaft jenseits von Lohnarbeit und Kapitalismus zu verbinden. Wir machen die berechtigten Ansprüche und Bedürfnisse nach einem schönen Leben zum Ausgangspunkt einer Kritik des Bestehenden. Dabei vertrauen wir nicht auf die Appelle an die Politik. Es geht nicht um alternative Sparvorschläge – unsere Perspektive ist realistischer: Es geht um ein angenehmes Leben für alle, zu dem die Teilhabe an Kultur und gesellschaftlichem Reichtum genauso gehört wie selbstbestimmte Zeit!

AGENTURSCHLUSS! DEMO IN DAS ARBEITSAMT

3. Januar 2005 | 10 Uhr
Leopoldplatz | Berlin-Wedding

ACT! (ALB – fels – autopool – SI) | AKAB attac
Prekarisierungs-AG | Internationale KommunistInnen
Kritik & Praxis Berlin | Offener ziviler Ungehorsam

DISKUSSIONSVORANSTALTUNG

AGENTURSCHLUSS LINKE PERSPEKTIVEN FÜR DIE HARTZ-PROTESTE

17. Dezember 2004
Freitag | 19 Uhr
KATO (im U-Bhf. Schlesisches Tor)

Am 1. Januar 2005 wird Hartz IV – voraussichtlich ohne Massenproteste – in Kraft treten. Welche Schlussfolgerungen müssen aus dem – vorläufigen – Ende der Massenmobilisierungen und den Veränderungen des Sozialstaats für eine linke Strategie gezogen werden, wenn die Perspektive eines breiter angelegten Widerstands nicht aufgegeben werden soll? Was heißt das für die Formen des Protests, der Organisation und der Unterstützung der Betroffenen?

Mag Wempel (labournet Deutschland) kritisiert die offizielle Gewerkschaftsstrategie in der Diskussion um die Veränderungen des Sozialstaats und erörtert Möglichkeiten der Zusammenarbeit von Gewerkschaftslinken und radikalen Linken. **Klaus Dörre** (Professor für Arbeits-, Industrie- und Wirtschaftssoziologie an der Uni Jena) erläutert Zusammenhänge von zunehmender Prekarisierung der Arbeitsverhältnisse und den Veränderungen des Sozialstaates, unter anderem die Bedeutung von 1-Euro-Jobs. **Zwei VertreterInnen des Bündnisses »Ende der Bescheidenheit«** Gehen näher auf die Bedeutung der Aktion Agenturschluss ein und stellen die Frage nach Verbindungen von Kapitalismuskritik und sozialen Kämpfen.

DEMO IN DAS ARBEITSAMT



AGENTURSCHLUSS!

3. JANUAR 2005

MONTAG | 10 UHR
LEOPOLDPLATZ | BERLIN-WEDDING